

## Antrag I07: Initiativantrag: Mehr Sicherheit für Beschäftigte – im öffentlichen Verkehr und überall

Antragsteller*in:	Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

1 Beleidigungen, Bedrohungen, tätliche Angriffe: Vor allem Beschäftigten, die für  
2 Sicherheit, Ordnung und öffentliche Dienstleistungen sorgen, werden immer häufiger  
3 Opfer von körperlicher und psychischer Gewalt im Dienst. Das zeigen nicht nur  
4 persönliche Erfahrungsberichte, sondern auch die erschreckenden Statistiken der  
5 vergangenen Jahre.

6 Gerade diejenigen, die zum Wohle der Allgemeinheit arbeiten, erleben die drastische  
7 Verrohung der Gesellschaft am eigenen Leib. Betroffen sind alle Berufsgruppen:  
8 Polizei- und Rettungskräfte ebenso wie Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung,  
9 in Schulen und Krankenhäusern, bei der Straßenreinigung und Müllentsorgung oder im  
10 Nah- und Fernverkehr.

11 Die Betroffenen verdienen Schutz und Respekt: Seit 2020 stellt sich die DGB-  
12 Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ hinter sie und setzt ein  
13 sichtbares Zeichen gegen die Gewalt. Die Kampagne ist wichtig, um in der  
14 Öffentlichkeit die gebotene Aufmerksamkeit für die Sicherheit der Beschäftigten zu  
15 schaffen. Die Möglichkeit für Kolleg:innen, selbst Gesicht der Kampagne zu werden,  
16 ist ein wichtiger Baustein für Ermächtigung und Selbstwirksamkeit. Außerdem  
17 verdeutlicht die Kampagne die gemeinsamen Interessen verschiedener  
18 Beschäftigtengruppen unserer Organisationsbereiche. Diese wichtige DGB-Kampagne muss  
19 deshalb fortgesetzt und verstetigt werden.

20 Die Zahl der Angriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Verkehr hat sich seit 2013  
21 fast verdreifacht. Doch der 2. Februar 2026 stellt eine Zäsur dar: An diesem Tag  
22 wurde der Zugbegleiter Serkan Çalar bei einer  
23 Fahrscheinkontrolle so brutal angegriffen, dass er später seinen schweren  
24 Verletzungen erlag. Aus der Trauer ist mittlerweile Wut geworden. Wut darüber, dass  
25 die Warnsignale seit Jahren ignoriert werden. Wut darüber, dass Gewalt im  
26 öffentlichen Verkehr längst zum Alltag geworden ist und niemand ernsthaft handelt.

27 Über den Jahreswechsel 2025/2026 hat die EVG über 4.000 Kolleg:innen im  
28 Kund:innenkontakt befragt. Das Ergebnis ist ein Skandal: Über die Hälfte der  
29 Kolleg:innen hat bereits einen körperlichen Übergriff erlebt. Ein Drittel denkt sogar  
30 über einen Berufswechsel nach.

31 Für mehr Sicherheit muss vor allem in mehr Personal investiert werden. Doch hier  
32 schieben sich Bund, Länder und Kommunen mit Verweis auf leere Kassen und fehlende  
33 Zuständigkeit gegenseitig die Verantwortung zu. Wir sagen klar und deutlich: Die  
34 Sicherheit der Kolleg:innen im öffentlichen Verkehr darf kein Kostenfaktor sein.

35 Deshalb braucht es jetzt Zusagen von Politik und Unternehmen: wirksame  
36 Sicherheitsmaßnahmen und mehr Personal – niemand soll mehr ungeschützt und allein

37 arbeiten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden so lange Druck machen, bis  
38 diese Forderungen im Sinne der Beschäftigten umgesetzt sind.

39 **Für mehr Sicherheit der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr mit Bussen, Bahnen und**  
40 **an Bahnhöfen bedarf es insbesondere:**

41 • **Mehr Personal – keine Alleinarbeit im Kund:innenkontakt im Eisenbahnverkehr**

42 Es braucht mindestens Doppelbesetzungen in Zügen und Bahnhöfen. Alleinarbeit im  
43 direkten Kund:innenkontakt muss endlich der Vergangenheit angehören.

44 • **Mehr qualifiziertes Sicherheitspersonal**

45 Der Einsatz von Sicherheitspersonal muss ausgeweitet und durch verbindliche  
46 Qualitätsstandards abgesichert werden – insbesondere auf Strecken mit hohem  
47 Gefährdungspotenzial, in den Abend- und Nachtstunden sowie an Bahnhöfen.

48 • **Bodycams für alle mit Kund:innenkontakt**

49 Bodycams sollen flächendeckend und freiwillig für alle Beschäftigten im  
50 Kund:innenkontakt eingeführt werden. Sie können nachweislich zur Verhinderung  
51 von Übergriffen beitragen. Auch die Tonaufzeichnung muss rechtlich ermöglicht  
52 werden.

53 • **Einheitliche Sozial- und Sicherheitsstandards in Ausschreibungen**

54 Verbindliche Mindeststandards bei Personal- und Sicherheitsausstattung sollen  
55 verhindern, dass der Ausschreibungswettbewerb zulasten der  
56 Beschäftigtensicherheit geht.

57 • **Busfahrer:innen besser schützen**

58 Im Bus muss eine Notrufoption die unverzügliche Erreichbarkeit der Leitstelle  
59 gewährleisten. Zudem müssen Betriebsräte wirksame und zeitgemäße Sicherheits-  
60 bzw. Schutzeinrichtungen und -vorkehrungen verbindlich einfordern können. Dazu  
61 können Sicherheitsscheiben, geschlossene Fahrer:innenkabinen, Videoüberwachung  
62 im Fahrzeug, der Verzicht auf Ticketverkauf sowie -kontrollen oder der  
63 verstärkte Einsatz von Prüfdiensten gehören.

64 • **Gute Ausbildungsstandards und klare Sicherheitsstrukturen für**

65 **Fahrausweisprüfer:innen**

66 Das Deutschlandticket und andere Fahrkarten müssen bundesweit einheitlich und  
67 fälschungssicher ausgestaltet werden, damit keine Ausweiskontrollen nötig sind  
68 und so Konflikte vermieden werden. Ähnlich wie für Sicherheitspersonal müssen  
69 hohe verbindliche Qualifizierungsstandards gelten – mit praxisnaher Ausbildung  
70 und regelmäßigen Weiterbildungen. Der Einsatz darf nur in Teams mit  
71 Dienstkleidung und Schutzausrüstung erfolgen. In den Abend- und Nachtstunden  
72 sowie auf Strecken mit hohem Gefährdungspotenzial muss zusätzliches  
73 Sicherheitspersonal hinzugezogen werden.

74 • **Mehr Personal bei den Polizeien und Justiz sowie bessere Strafverfolgung**

75 Nötig ist auch eine Stärkung der gesamten Rechtsstaatskette durch bessere  
76 Personalausstattung und -haushalte bei der Bundespolizei und den Landespolizeien  
77 sowie der Justiz. Außerdem gilt es, eine bessere Strafverfolgung durch  
78 Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften zu gewährleisten. Für einen  
stärkeren Schutz der Beschäftigten ist die passgenaue Weiterentwicklung des

79 Strafrechts, etwa die Aufnahme von Kolleg:innen des öffentlichen Verkehrs in den  
80 Schutzbereich des geplanten neuen § 116 StGB („Widerstand gegen oder tätlicher  
81 Angriff auf weitere Personen, die eine dem Gemeinwohl dienende Tätigkeit  
82 ausüben“), notwendig.

83 • **Bessere Kooperation aller Sicherheitsakteur:innen**

84 Die Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundespolizei, Ordnungsämtern und  
85 Sicherheitsdiensten soll intensiviert und gemeinsame Streifen ausgeweitet  
86 werden.

87 • **Einheitliche und einfache Notfall- und Meldesysteme**

88 Brancheneinheitliche Systeme und ein zentrales Register sollen schnelle Hilfe  
89 und eine bessere Datengrundlage ermöglichen.

90 • **Ausbau Sozialarbeit an Bahnhöfen und Umgebung**

91 Mehr sozialarbeiterische Angebote können Konflikte frühzeitig entschärfen und  
92 präventiv zur Deeskalation und mehr Sicherheit beitragen.

93 • **Mehr Unterstützung für Betroffene durch Arbeitgeber**

94 Übergriffe sollen konsequent gemeldet werden und Betroffene müssen mehr  
95 Unterstützung durch Arbeitgeber und Führungskräfte erhalten. Nach Übergriffen  
96 gilt es, individuelle Hilfs- und Beratungsangebote sicherzustellen – sowohl bei  
97 körperlichen als auch bei psychisch belastenden Vorfällen.

98 • **Verbindliche Deeskalations- und Selbstbehauptungsschulungen für alle  
99 Beschäftigten mit Kund:innenkontakt**

100 Alle Beschäftigten, die Kontakt mit Kund:innen haben, sollten regelmäßig und  
101 praxisnah in Deeskalation und Selbstbehauptung geschult werden. Dies gilt es  
102 außerdem zu einem verbindlichen Bestandteil von Ausbildungen zu machen.

103 • **Mehr Sicherheit durch zusätzliche Kapazitäten und eine leistungsfähige  
104 Infrastruktur im Nah- und Regionalverkehr**

105 Überfüllte Busse und Bahnen sind ein Sicherheitsrisiko. Durch das  
106 Deutschlandticket nutzen mehr Menschen den ÖPNV, aber die Kapazitäten sind nicht  
107 mitgewachsen – das muss sich ändern. Viele gefährliche Situationen für  
108 Beschäftigte entstehen zudem aus Frust wegen Verspätungen und Ausfällen aufgrund  
109 von unzureichender Infrastruktur. Der öffentliche Verkehr gehört zur  
110 Daseinsvorsorge, die für einen funktionierenden Alltag der Menschen sorgen soll.  
111 Wenn das nicht gewährleistet ist, werden die Beschäftigten schnell zur  
112 Zielscheibe. Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur ist ein wichtiger  
113 Baustein für mehr Sicherheit für Beschäftigte.

114